

Zukunft der EU-Strukturförderung nach 2020

Die Strukturpolitik der EU ist für das Ruhrgebiet und seine Städte und Kreise unverzichtbar. Für Nordrhein-Westfalen stehen zwischen 2014 und 2020 insgesamt 2,4 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Erreichung wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Ziele bereit. Mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden Innovation und Forschung in strukturschwachen Regionen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro gefördert. Der Europäischen Sozialfonds (ESF) hat in der letzten Förderperiode Millionen Menschen bei der Aus- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung unterstützt, allein in NRW standen dafür 627 Millionen Euro bereit. Weitere 618 Millionen Euro werden aus dem Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) bereitgestellt. Alle Fonds tragen dazu bei, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in Europa und Deutschland zu lindern.

Die Förderung von Innovation und Forschung sowie von Aus- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung sind vor dem Hintergrund des Strukturwandels des Ruhrgebiets von besonderer Bedeutung. In der „ersten Halbzeit“ der Förderperiode 2014-2020 beliefen sich die eingesetzten EU-Mittel, entsprechende Landesanteile und Eigenanteile der Kommunen auf ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 523 Millionen Euro für die Metropole Ruhr.

In den anstehenden Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union werden sich angesichts des Austritts Großbritanniens und des damit verbundenen Wegfalls eines der wichtigsten Beitragszahler besondere Herausforderungen ergeben. Allen Ausgaben der EU steht deshalb eine kritische Prüfung in den aktuellen Verhandlungen bevor.

Für das Ruhrgebiet stellt die Strukturförderung der EU ein wichtiges Instrument für den Abbau von sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden dar. Ein Wegfall dieser Mittel hätte schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Ruhrgebiets. **Deshalb fordern wir: Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass auch zukünftig alle Regionen in Europa und Deutschland von den Mitteln der Strukturförderung profitieren. Strukturpolitik ist Ausdruck gelebter Solidarität in Europa. Das muss auch in Zukunft für die Menschen des Ruhrgebiets erfahrbar sein.**

Zudem muss die Landesregierung es ermöglichen, dass Kommunen bei der Leistung des Eigenanteils für die EU-Programme unterstützt werden. Insbesondere für die Kommunen im Ruhrgebiet, die unter einer angespannten Haushaltslage leiden, würde so sichergestellt, dass sie auch zukünftig an den EU-Programmen partizipieren können.